



## **1 Begrüßung; TOPs**

Herr Bach eröffnet die Sitzung des Beteiligungsrates (BR), begrüßt alle anwesenden Mitglieder und Gäste und stellt die Tagesordnung vor, die von den anwesenden Mitgliedern angenommen wird.

Des Weiteren stellt sich zu Beginn der Sitzung Moritz Rütenik als neues Mitglied des Beteiligungsrats vor. Er hat den Jugendsitz inne. Herr Rütenik wurde von den Mitgliedern herzlich willkommen geheißen.

## **2 Diskussion und Vorbereitung der Stellungnahme zur Einführung von Bürgerräten in der LHP**

Herr Kleger und Frau Samuelson haben auf Grundlage des Austauschs mit Frau Arasin in der Januar-Sitzung des Beteiligungsrats die wichtigsten Punkte für eine Stellungnahme zur Einführung von Bürgerräten in der LHP zusammengestellt (s. Anhang). Da nicht alle 10 inhaltliche Punkte des Dokuments besprochen werden konnten, fand zu Beginn des TOPs eine Priorisierung mit Klebepunkten statt. Dabei wurde für die folgenden drei Themen besonderer Gesprächsbedarf festgestellt:

- Initiativrecht des Beteiligungsrats
- Bereitstellung von Ressourcen
- Verbindlichkeit der Empfehlungen

Im Folgenden wird auf die oben genannten Punkte genauer eingegangen.

### ***2.1 Initiativrecht des BR***

Das Treffen mit Frau Arasin wurde deutlich, dass derzeit zwei Ideen für die Einbindung des BR in die Themensetzung für zukünftige Bürgerräte angedacht sind: In der ersten Variante, hat der BR ein Initiativrecht und kann die Durchführung von Bürgerräten zu einem Thema vorschlagen. In der zweiten, weniger starken Variante nimmt der Bürgerrat eine beratende Funktion ein: Hier kommt die Initiative für einen Bürgerrat von der LHP und der BR gibt eine Einschätzung ab, ob das Thema für dieses Beteiligungsformat geeignet ist und welche Aspekte besonders berücksichtigt werden sollen. Das Initiativrecht bleibt in der zweiten Variante bei der Verwaltung und Politik.

Der BR spricht sich für die zweite, beratende Variante aus, die durch ein Vorschlagsrecht ergänzt werden soll. Bei einer Initiative durch die LHP prüft der BR, ob das Thema für einen Bürgerrat geeignet ist und wie es sich in die bestehenden Rahmenbedingungen und Strukturen der LHP einpasst. Es ist denkbar, dass ein Mitglied des BR in einen Beirat zur Durchführung eines Bürgerrats entsendet wird, um auf eine hohe Beteiligungsqualität bei der Umsetzung von Bürgerräten sicherzustellen. Darüber hinaus hat der BR ein Vorschlagsrecht, d.h. er kann der LHP vorschlagen, einen Bürgerrat zu einem bestimmten Thema durchzuführen. Der Beschluss liegt aber weiterhin bei der Politik. Der BR soll in diesem Zusammenhang auch der Ansprechpartner für Initiativen sein, die eine Idee für einen Bürgerrat haben. Dadurch wird es möglich, dass Bürgerräte nicht nur durch die LHP, sondern auch durch die Potsdamer Zivilgesellschaft initiiert werden können. Das genaue Procedere für das Vorschlagsrecht muss noch in Detail ausgearbeitet werden, damit deutlich wird, wer in der Verwaltung und Politik die Ansprechpartner:innen des BR für die Initiative von Bürgerräten sind. Neben dem Prüf- und Vorschlagsrecht soll der BR zusätzlich den Umgang mit den Ergebnisse aus stattgefundenen Bürgerräten übernehmen.

## **2.2 Bereitstellung von Ressourcen**

Die Erfahrung zeigt, dass Bürgerräte eines der teuersten Beteiligungsverfahren sind. Dies liegt unter anderem daran, dass sowohl die Einbindung externer Dienstleister für die Durchführung (Vorbereitung, Moderation und Auswertung) als auch verschiedener Expert:innen für die Information der teilnehmenden Bürger:innen notwendig ist. Des Weiteren erhalten die Teilnehmenden eines Bürgerrats eine Aufwandsentschädigung. Diese Kosten sind notwendig, um einen erfolgreichen Bürgerrat durchzuführen und müssen deshalb in der mittelfristigen Finanz- und Haushaltsplanung der LHP eingeplant und eingestellt werden.

## **2.3 Verbindlichkeit der Empfehlungen**

Die Empfehlungen des Bürgerrats sollen öffentlich bekannt gemacht werden. Für eine erfolgreiche Einbindung von Bürgerräten in Potsdam ist es wichtig, dass die Ergebnisse aus diesen Beteiligungsprozessen in die Potsdamer Politik einfließen und von ihr berücksichtigt werden. Deshalb ist es notwendig, dass die SVV sich regelhaft mit den Ergebnissen eines Bürgerrats befasst. Der BR macht deutlich, dass dies eine zusätzliche Belastung für die Abgeordneten der SVV bedeutet. Es ist wünschenswert, dass mindestens die Mitglieder des Bürgerrats eine Rückmeldung zum Umgang mit den Ergebnissen bzw. den Stand der Umsetzung eines Vorhabens erhalten. Die Rückmeldung sollte möglichst innerhalb einer noch festzulegenden Frist erfolgen.

## **2.4 Weitere Anmerkungen**

Aufgrund der Ähnlichkeit des Begriffs Bürgerrat mit dem Beteiligungsrat sollte der Name überdacht werden. In Baden-Württemberg werden Bürgerräte als Bürgerforen bezeichnet. Dies ist eine denkbare Alternative, um mögliche Verwechslungen zu vermeiden.

Als Wertschätzung der Arbeit der Teilnehmenden eines Bürgerrats sollen sie neben einer Aufwandsentschädigung auch eine Teilnahmeurkunde erhalten.

# **3 Aktuelles**

## **3.1 Prozessmonitor**

Schlaatz 2030: Die Mitglieder des BR informieren sich über den Stand des Prozesses im Schlaatz. Dort herrscht derzeit eine unübersichtliche Gemengelage von verschiedenen Gremien mit ähnlichen Zuständigkeiten. Zum einen gibt es den Stadtteilrat, der bereits seit längerem existiert und aus Vertreter:innen verschiedener Gremien und Organisationen vor Ort besteht. Seit neuestem gibt es eine Interessenvertretung der Anwohner:innen des Schlaatz, die ihre Perspektive in die Entwicklung des Schlaatz einbringen sollen und sich bereits zweimal getroffen haben. Im ersten Treffen stand das wechselseitige Kennenlernen im Vordergrund. Im zweiten Treffen wurde die Grundlagen für die Arbeit des Gremiums gelegt und über den Zweck der Zusammenarbeit gesprochen. Dieser Austausch bildet die Grundlage für den ersten Entwurf einer Geschäftsordnung der Interessenvertretung. Derzeit wird überlegt, wie die Zusammenarbeit der Interessenvertretung mit dem Stadtteilrat aussehen kann. Es ist unter anderem angedacht, dass es im Stadtteilrat einen Sitz für eine Vertreter:in aus der Interessenvertretung geben soll.

Kulturpolitische Strategie der LHP: Die Mitglieder des BR merken an, dass der Prozess nicht ruht, sondern seit Dezember 2023 wieder aktiv ist. Aktuell wird am finalen Ergebnispapier gearbeitet, dass am 06. März 2024 in der SVV vorgestellt und anschließend an die Ausschüsse überwiesen werden soll.

### **3.2 Bericht aus dem Ausschuss PTD**

Der Ausschuss PTD hat in seiner letzten Sitzung kontrovers über die Einführung von Stadtteilräten in Potsdam diskutiert. Die Tendenz ist, sich gegen die Einführung von Stadtteilräten auszusprechen und stattdessen die Bildung von losen Beteiligungsstrukturen anzustreben, die einem Bürgerrat entsprechen. Diese sollen sich für einen begrenzten Zeitraum mit einem Thema im Stadtteil intensiv auseinandersetzen. Der Ausschuss PTD hat jedoch keinen entsprechenden Beschluss gefasst, um eine Entscheidung im Hauptausschuss nicht vorwegzunehmen.

Frau Jordan stellte im Ausschuss die Idee einer Wahlveranstaltung zur Stärkung der Wahlbeteiligung vor. Der Vorschlag wurde von den Ausschussmitgliedern eher skeptisch aufgenommen.

Als weiteren Punkt hat Herr Keppner über das Smart City Projekt berichtet. Die Phase 1 ist nun abgeschlossen. Als weitere Aktivität des Smart City Projekts ist die Erstellung eines Beteiligungsatlanten geplant, der einen Überblick über die Beteiligungsmöglichkeiten in Potsdam enthält. Es wäre sinnvoll, wenn sich der BR in die Entwicklung des Atlanten einbringt.

Zur digitalen Vernetzung der Beiräte der LHP gibt es nichts Neues. Die Entwicklung der angekündigten digitalen Plattform zur Vernetzung verzögert sich.

Die Nutzung von Künstlicher Intelligenz war ein weiteres großes Thema, über das im PTD gesprochen wurde. Hierüber kann Antje Samuelson als Mitglied im Digitalisierungsrat ggf. in der nächsten Sitzung des BR mehr berichten.

### **3.3 Bericht: Diskussion der Stadtteilräte im Hauptausschuss**

Ausgangslage: Frau Arasin hatte die Aufgabe, sich Gedanken zur Stadtstruktur in Potsdam zu machen. Ergebnis ist der Vorschlag zur Einführung von Stadtteilräten, die sich an den Ortsbeiräten orientieren. Die Stadtteilräte sollen mit Vertreter:innen der Parteien besetzt sein. Die Koordination der Stadtteilräte soll über das Büro des Oberbürgermeisters erfolgen. In einigen Stadtteilen gibt es bereits Stadtteilräte, die sich auf eigene Initiative gegründet haben. Ziel ist die Entwicklung einer Struktur unterhalb der SVV.

Die Diskussion im Hauptausschuss war parteiübergreifend sehr differenziert. Wie der Ausschuss PTD sprach sich auch der Hauptausschuss eher für eine lose Vertretung der Bürger:innen in den Stadtteilen aus, die selbst entscheiden sollen, mit welchen Themen sie sich beschäftigen wollen. Es herrschte allerdings eine Unsicherheit darüber, wie solche Strukturen von den Bürger:innen aufgegriffen und genutzt werden.

OBM Schubert ist für seine Initiative zur Einführung von Stadtteilräten angegriffen worden, weil sie über die Köpfe der Potsdamer Politik durchgesetzt werden soll. Das Konzept für die Stadtteilräte ist den Stadtverordneten erst eine Woche vor Sitzung des Hauptausschusses zugesandt worden, so dass sie wenig Zeit zur Durchsicht hatten. Die Behandlung der Stadtteilräte in der SVV ist als eine erste Lesung zu verstehen. Die Vorlage des OBM wird nun weiter überarbeitet. Dies wäre eine Gelegenheit für den BR, sich ebenfalls in die Überarbeitung einzubringen. Thomas Geisler hat die Vorlage an alle Mitglieder des BR geschickt. Durch die Ablehnung durch den Hauptausschuss wird der Prozess der Verabschiedung mehr Zeit in Anspruch nehmen, sodass der BR sich damit ebenfalls befassen kann.

In der Sitzung des Hauptausschusses sollte auch das digitale Handbuch für die Ortsbeiräte abgestimmt werden. Die Ortsbeiräte haben an der Sitzung des Hauptausschusses nicht teilgenommen, da das digitale Handbuch den Ortsbeiräten nicht vorlag. In der Sitzung wurde es von der Verwaltung vorgestellt. Auch das digitale Handbuch entspricht noch nicht den Vorstellungen der Ausschussmitglieder und wird noch einmal überarbeitet.

### **3.4 Umfrage zum Bürgerhaushalt**

Frau Wilke informiert, dass die Umfrage zum Bürgerhaushalt nun veröffentlicht ist (<https://buergerbeteiligung.potsdam.de/content/viele-buergerhinweise-zur-sicherung-des-haushalts>). Sie regt an, dass der BR sich in einer der folgenden Sitzungen intensiver mit den Ergebnisse aus der Umfrage beschäftigen sollte.

### **3.5 Homepage des BR**

Der BR wünscht sich, dass auf der Homepage des BR als zusätzliche Information ergänzt wird, seit wann die Mitglieder Teil des Gremiums sind.

### **3.6 Besuch aus Marokko**

In Marokko wird derzeit eine Verwaltungsstrukturreform durchgeführt, in der unter anderem die Beteiligung der Bürger:innen verbessert werden soll. Herr Kärsten vom mitMachen e.V. wurde aus diesem Grund nach Marokko eingeladen, um das Konzept des Beteiligungsrats dort vorzustellen. Diese Idee erhielt große Zuspruch, so dass sich inzwischen über 30 Beteiligungsräte gegründet haben. Es ist ein Austausch zwischen den Beteiligungsräten angedacht. Vertreter:innen der marokkanischen Beteiligungsräte werden nach Potsdam kommen, um sich über die Arbeit des Potsdamer Beteiligungsrats zu informieren. Der BR schlägt vor, sie für die Sitzung des BR im Oktober einzuladen. Das Programm dieser Sitzung soll den Austausch in den Vordergrund stellen. Kay-Uwe Kärsten wird davor zur Vorbereitung eine Einführung in die marokkanischen Beteiligungsräte vorbereiten.

## **4 Organisatorisches**

### **4.1 Wahlveranstaltung**

Der Termin für die Wahlveranstaltung des BR steht nun fest: Sie wird am 03.05.2024 ab 17.00 Uhr stattfinden.

### **4.2 Teilnahme von Herrn Fröhlich an zukünftigen Sitzungen des BR**

Herr Fröhlich kündigt an, dass er wegen des Wahlkampfes im April und Mai nicht an den Sitzungen des BR teilnehmen wird. Da sich mit der Wahl die Zusammensetzung der SVV ändert, ist noch unklar, ob Herr Fröhlich und Herr Marquardt nach der Wahl noch Mitglieder des BR sein werden. André Mazlounian klärt, wer bis zur Bestellung von neuen politischen Mitgliedern des BR durch die SVV die Politik im Gremium vertritt.

### **4.3 Nächste Sitzungstermine in 2024**

Folgende Termine:

Donnerstag, 21.03.2024

Donnerstag, 18.04.2024

Donnerstag, 16.05.2024

Donnerstag, 13.06.2024,

Donnerstag, 11.07.2024

### **4.4 Themen für kommende Sitzungen**

- Wie bringt sich der BR in die Aktionen des Bündnisses Potsdam bekennt Farbe ein? (März Sitzung)
- Wasserpatenschaften für Bäume
- AG Smart City: Vorstellung der Umfrageergebnisse
- Jörg Leben: Aktueller Stand des Projekts zur autoarmen Innenstadt Potsdam (Juni / Juli 2024)

- Austausch mit Vertreter:innen marokkanische Beteiligungsräte (Oktober 2024)

## Anhang

### Punktesammlung zum Antwortschreiben zur Anfrage des OBM

Der Oberbürgermeister wünscht sich vom Beteiligungsrat eine Einschätzung zur Einführung von Bürgerräten in Potsdam. Dies wird als Teil der Weiterentwicklung der Bürgerbeteiligung in Potsdam gesehen. Hier gilt insbesondere zu klären, ob Bürgerräte eine sinnvolle Ergänzung des bestehenden Beteiligungsangebots sind und wie sie in die bestehenden Strukturen eingebettet werden können.

Zu der Einrichtung von Bürgerräten läuft parallel die Einrichtung von Stadtteilräten, die wie die Ortsbeiräten verantwortlich pro Stadtteil eingebunden werden sollen. Die Bürgerräte sind thematisch ausgerichtet und haben deshalb einen anderen Fokus.

Darüber hinaus wird in 2024 eine Bürgerbeteiligungsplattform eingerichtet, die die Online-Beteiligungsmöglichkeiten in Potsdam zu erweitern soll.

In der Landeshauptstadt Potsdam gibt es aktuell folgende Beiräte und Räte zur Vertretung der Interessen und Belange verschiedener gesellschaftlicher Gruppen, hinzu kommen die Ortsbeiräte:

Beirat für Menschen mit Behinderung

Beteiligungsrat

Digitalisierungsrat

Erinnerungskultur

Gestaltungsrat

Klimarat

Migrantenbeirat

Naturschutzbeirat

Seniorenbeirat

Wirtschaftsrat

Das Ziel bzw. die Aufgabe des jeweiligen Beirats bzw. Rats ist es, Politik und Verwaltung zu beraten, Ideen zu sammeln und Impulse zu geben. Der gemeinsame Dialog der verschiedenen Akteure fördert Toleranz, Solidarität, Empathie, stärkt bürgerschaftliches und politisches Engagement und damit die Demokratie.

Die Herausforderung ist es, aus der aktuellen Themenvielfalt in Politik und Verwaltung sinnvolle Bürgerbeteiligungsthemen und sinnvolle Verfahren zu identifizieren, zu installieren bzw. in die aktuelle Struktur einzubetten. Zwischen den aktuell bestehenden Beiräten und Räten fehlen schon jetzt teilweise Dialog als auch Wissenstransfer. Neue Beteiligungsformate dürfen diese Situation nicht weiter verschärfen.

Es muss daher herausgearbeitet werden, wie Beteiligungsthemen ratsübergreifend aus den verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet werden und gemeinsam in den Dialog getreten werden kann, um aus den verschiedenen Perspektiven heraus Empfehlungen für Politik und Verwaltung zu formulieren:

- Der Kern der Zusammenarbeit aller Räte sowie die Möglichkeit der Einflussnahme muss geklärt und definiert werden.

- Der generelle Umgang miteinander – und zwar alle Parteien aus Politik, Verwaltung, Ortsbeiräte, Stadtteilräte, Beiräte, Räte und Bürgerräte) ein gemeinsames Verständnis für die Zusammenarbeit erhalten und sich ein größeres Verständnis füreinander entwickelt.

Hier kann der Beteiligungsrat Potsdam eine zentrale Rolle spielen.

### **Auslastung der SVV / Umgang mit den Ergebnissen**

Die Ergebnisse auch der neu gegründeten Räte müssen in der SVV besprochen werden, die allerdings jetzt schon überlastet ist. Es ist also unklar, wie sie auch noch die Bearbeitung von weiteren Anfragen / Aufgaben übernehmen soll. Es muss deshalb aufgepasst werden, dass die Bürgerbeteiligung nicht zu einem „Mitmach-Theater“ verkommt. Deshalb ist die Einbettung neuer Formen der Beteiligung besonders wichtig.

### **Initiativrecht**

Eine denkbare Möglichkeit ist zum Beispiel, dass der BR Bürgerräte einberufen kann. Oder es wird möglich, über die neue Online-Beteiligungsplattform per Abstimmung einen Bürgerrat einzuberufen, der dann vom BR geprüft würde. Bei einem positiven Bescheid ginge dann ein Auftrag zur Durchführung an die Verwaltung.

Vorstellbar ist, dass dem BR ein Vorschlagsrecht für Bürgerräte eingeräumt wird. Der genaue Weg, wie das erfolgen soll, ist jedoch noch offen.

### **Einbeziehung weitere Akteure**

All diese Aktivitäten sollen zusätzlich mit dem neuen PotsdamLab verschränkt werden, um neue agile Methoden zu berücksichtigen. Darüber hinaus soll auch die Wissenschaft (RIFS) eingebunden werden. Bisher sind wir aber noch sehr offen.

### **Verortung / Legitimierung eines Bürgerrats**

Bürgerräte haben in der Regel eine:n Vorsitzende:n. Dies sollte ein:e Vertreter:in des Parlamentes oder der Gemeindevertretung sein. Die Verortung eines Bürgerrats ist deshalb sehr wichtig und muss geklärt werden, da sie dem Gremium Legitimation gibt. Das stellt sicher, dass das Gremium ernst genommen wird.

### **Legitimation durch Auswahl der Teilnehmenden und Kompetenzaufbau**

- Der Vorteil von Bürgerräten gegenüber anderen Räten ist, dass durch das Losverfahren andere Bevölkerungsteile erreicht und aktiviert werden können. Dadurch wird verhindert, dass immer nur die gleichen Personen teilnehmen, wie es derzeit oftmals der Fall ist.
- Die Frage des Ernstnehmens der Beteiligung hängt mit mehreren Punkten zusammen: Wie erfolgt die Rekrutierung der Teilnehmenden? Passiert das ausschließlich über eine Zufallsauswahl oder gibt es ein gemischtes Vorgehen, in dem zusätzlich auch andere Methoden der Teilnehmendenrekrutierung genutzt werden? Wie wird die Kompetenz der Mitglieder der Bürgerräte sichergestellt? Müssen die teilnehmenden Bürger:innen die notwendigen Kompetenzen bereits mitbringen oder gibt es vorbereitende Schulungen durch Expert:innen? Und wie wird

der Einfluss der Bürgerräte auf die Politik sichergestellt, auch über eine Legislaturperiode hinaus?

- In dem Zusammenhang ist es wichtig, für jeden Bürgerrat zu klären, welcher Entscheidungsspielraum besteht, um gezielt die richtigen Fragen zu stellen und die dafür notwendigen Informationen zu vermitteln. An manchen Stellen können Fragestellungen jedoch aufgrund rechtlicher Vorgaben nicht sinnvoll den Bürger:innen gestellt werden.

### **Bereitstellung von Ressourcen**

Die Moderation, die Einbindung externer Expertise und des PotsdamLabs sowie weitere organisatorische Notwendigkeit (Koordinationsstelle für einen Bürgerrat) sind recht kostspielig. Da kommen sehr schnell höhere Summen zusammen. Ein guter Bürgerrat braucht aber diese Ressourcen, damit er gut funktioniert.

Die Erfahrung zeigt, dass ohne eine ausreichende Finanzierung von der Durchführung eines Bürgerrats abzuraten ist.

### **Neue Beteiligungskultur**

Auch die Verwaltung müsste sich mit der Einführung eines Bürgerrats ändern: Es müsste Schnittstellen zu dem Bürger:innen eingerichtet werden, die den Umgang mit den Ergebnissen eines Bürgerrats transparent machen und die Umsetzung ermöglichen. Es sollte unbedingt vermieden werden, dass ein guter Bürgerratsprozess durchgeführt wird und die Verwaltung am Ende nicht weiß, wie sie mit den Ergebnisse umgehen soll.

### **Grenzen der Beteiligung**

Es muss klar sein, dass Beteiligung und ihre Ergebnisse nicht gegen die Grundrechte anderer Menschen verstoßen dürfen. Das ist eine harte Grenze der Beteiligung.

### **Aufwandsentschädigungen**

Aufwandsentschädigungen und die Betreuung von Kindern und Angehörigen ist eine wichtige Voraussetzung, dass viele Menschen überhaupt die Möglichkeit haben, an Beteiligung teilzunehmen. Das haben auch die Erfahrungen insbesondere im Schlaatz gezeigt, wo entsprechende Strukturen aufgebaut worden sind.

### **Verbindlichkeit der Empfehlungen / Kombination von Bürgerräten mit Direkter Demokratie**

- Ein Bürgerrat kann Empfehlungen entwickeln, die jedoch unverbindlich sind. Die Empfehlungen gehen dann in die SVV, die auf Grundlage der Empfehlungen verbindliche Entscheidungen treffen kann
- Dennoch ist es wichtig, dass die Ergebnisse eines Bürgerrats eine gewisse Verbindlichkeit haben, sodass sie von der SVV nicht so einfach ignoriert werden können.
- Es ist unklar, ob man das ohne Weiteres miteinander verknüpfen kann, weil dabei gesetzliche Bestimmung beachtet werden müssen. Das kann die Verwaltung nicht

entscheiden, sondern nur die SVV. Es ist nicht klar, wie viel Macht einem Gremium, das zufällig zusammengesetzt ist, übertragen werden kann.



**Kontakt**  
www.beteiligungsrat-potsdam.de  
kontakt@beteiligungsrat-potsdam.de

## **Der Beteiligungsrat Januar 2024**

- AG Wahl 2024 / Potsdam bekennt Farbe
  - Überlegungen, wie der Beteiligungsrat sich in den demokratischen Prozess einbringen kann
  - Überlegungen, wie der Beteiligungsrat dazu beitragen kann, dass möglichst viele Menschen wählen gehen (Zusammenarbeit mit der externen Werkstatt für Beteiligung)
- Geplante Einführung von Bürgerräten in Potsdam
  - Austausch mit Frau Arasin
  - Vorbereitung der Erarbeitung einer Stellungnahme dazu für den OBM
  - Beratung des Entwurfs in der Sitzung des Beteiligungsrats am 22.02.24
- Wassermanagement/ Wasserpatenschaft
  - aus PTD-Ausschuss berichtet: Vorschlag bzw. Anregung, über Schulen eine Initiative zu starten, als Teil des Schulunterrichts z.B. als Projektwoche Bäume in der Stadt

### Legende

#### Prozessbezeichnung

1. Prozessgegenstand
2. Prozessbeteiligte
3. Stand und nächste Schritte
4. Rolle der WerkStadt für Beteiligung
5. Status: ■ läuft ■ pausiert

### 1. Schlaatz 2030

1. Im Zuge der Fortsetzung des Förderprogramms „Soziale Stadt“ für den Stadtteil Schlaatz wird ein Konzept zur zukünftigen Partizipation der Einwohner:innen entwickelt (Drucksachenummer: 21/SVV/0066).
2. Zuständige Sachbearbeiter:innen im Geschäftsbereich 4 der Verwaltung, Wohnungsunternehmen in „Bündnis für den Schlaatz“, Träger vor Ort, Einwohner:innen, Planlabor (Kollektiv Stadtsucht), Stadtkontor
3. Nach mehreren Dialogrunden und der Juryentscheidung konnte der finale Masterplan im Jahr 2023 erstellt und öffentlich werden. Zusätzlich fanden im 3. und 4. Quartal des Jahres 2023 weitere Informationsangebote, Spaziergänge und Aktionen statt, um auf das Stadtentwicklungsvorhaben aufmerksam zu machen. Ein Container in zentraler Lage am Marktplatz betreut durch das Team vom Planlabor und dem Stadtkontor dient als Anlaufstelle für die Einwohner:innen. Im nächsten Schritt steht die Erstellung des Bebauungsplans an. In dem Container sollte es die Möglichkeit geben Einwendungen für das formale Verfahren einzubringen. Parallel werden zusätzlich zum formellen Verfahren Hinweise, Frage und Anregungen der Einwohner:innen gesammelt, aufbereitet und zur Beantwortung in die Verwaltung gegeben. In einem weiteren nächsten Schritt soll sich eine Interessenvertretung für den Schlaatz konstituieren und das Stadtentwicklungsverfahren begleiten.
4. Die WerkStadt hat berät und begleitet die Vorhabenträger:innen und Akteur:innen bei dem Prozess Schlaatz 2030.
5. ■ Status: läuft

## 2. Stadtteilvertretung für EINE Waldstadt

1. Aufbauend auf die lokale Arbeit des zivilgesellschaftlichen Netzwerkes „Für EINE Waldstadt“ hat sich eine Konzeptgruppe gebildet, die zum Ziel gesetzt hat, eine gestaltende Idee für eine Stadtteilvertretung (STV) für Eine Waldstadt zu entwickeln. Damit an die erfolgreiche Etablierung einer Stadtteilkoordination für EINE Waldstadt aus 2021/22/23 angeknüpft.
2. Die Konzeptgruppe besteht aus Mitgliedern des o.g. Netzwerkes und besteht aus Gewerbetreibenden, Vertreter:innen von Trägern und Genossenschaften und Einwohner:innen sowie Vertreter:innen einer Initiative von Einwohner:innen („Bürger für Waldstadt“) vor Ort. Ebenso involvierte ist einerseits die Arbeitsgruppe Sozial-kulturelle Stadtteilarbeit (3901) der LHP, da von hier die Stadtteilarbeit vor Ort gefördert wird und jüngst auch das Büro des Oberbürgermeisters, da hier ein für ganz Potsdam gedachtes Konzept zu STV entwickelt wird.
3. Die Konzeptgruppe tagte am 1.2.24 zum sechsten Mal und befasste sich intensiv mit dem durch das OBM-Büro vorgelegtem Konzept für Stadtteilvertretungen in Potsdam. Hierbei wurden Vorteile, Nachteile und Verbesserungsvorschläge aufgezeigt. Diese sollen über die WerkStadt in die politische Diskussion eingebracht werden - beispielsweise im PTD-Ausschuss. Die Konzeptgruppe wird nun ihre inhaltliche Arbeit fortsetzen und gleichzeitig nach Möglichkeit den politischen Diskurs zum Konzept des OBM begleiten.
4. Die externe WerkStadt begleitet in moderativer Rolle die Arbeit der Konzeptgruppe und berichtet hierzu regelmäßig im PTD-Ausschuss. Gleichzeitig bemüht sich die WerkStadt darum, mit den involvierten Akteur:innen aus der Verwaltung zu diesem Thema in den Austausch zukommen, mit dem Ziel, diese Prozesse (Arbeit der Konzeptgruppe Waldstadt und Konzept des OBM) miteinander zu verbinden.
5. ■ Status: läuft

### 3. Stadtteilvertretung Bornstedt

1. Anknüpfende an die Arbeit der „Interessenvertretung Bornstedter Feld“ soll nun für ganz Bornstedt eine Stadtteilvertretung (STV) entwickelt werden. Die fußt auf einem diesbezüglichen Beschluss der SVV sowie auf Interesse vor Ort. Um im Stadtteil einen konzeptionellen Prozess anzustoßen, organisierte die Stadtteilarbeit/die Stadtteilkoordination Bornstedt (mitMachen e.V.) bereits Ende 2023 am 28.12. eine diesbezügliche Stadtteilversammlung in Bornstedt. Hier wurde großes Interesse zur Mitarbeit von Seiten der anwesenden Zivilgesellschaft geäußert. Siehe/höre hierzu auch:  
<https://www.tagesspiegel.de/potsdam/landeshauptstadt/eine-stimme-fur-die-burger-bornstedt-soll-eine-stadtteilvertretung-bekommen-10854394.html>  
und  
<https://potsdam-bornstedt.de/podcast-zur-stadtteilvertretung-bornstedt/>
2. Involviert sind die Stadtteilkoordination Bornstedt, Vertreter:innen der sich auflösenden „Interessenvertretung Bornstedter Feld“ (z.B. Herr Finken, auch Stadtverordneter CDU) und auch die Arbeitsgruppe Sozial-kulturelle Stadtteilarbeit (3901) der LHP, da von hier die Stadtteilarbeit vor Ort gefördert wird und jüngst auch das Büro des Oberbürgermeisters, da hier ein für ganz Potsdam gedachtes Konzept zu STV entwickelt wird.
3. Am 31.02.24 fand das Auftakttreffen der Konzeptgruppe für Bornstedt im Stadteilladen Bornstedt statt. Hier wurden erste Grundlagen für die weitere Arbeit gelegt sowie die weiteren Arbeitstreffen terminiert. Zudem wurde vereinbart, in der zweiten Sitzung eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem durch den OBM vorgelegten Konzept zu Stadtteilvertretungen in Potsdam zu führen und eine diesbezügliche Rückmeldung zu erarbeiten.
4. Die externe WerkStadt begleitet in moderativer Rolle die Arbeit der Konzeptgruppe und berichtet hierzu regelmäßig im PTD-Ausschuss. Gleichzeitig bemüht sich die WerkStadt darum, mit den involvierten Akteur:innen aus der Verwaltung zu diesem Thema in den Austausch zukommen, mit dem Ziel, diese Prozesse (Arbeit der Konzeptgruppe Bornstedt und Konzept des OBM) miteinander zu verbinden.
5. ■ Status: läuft

#### 4. Strategiegruppe Rechenzentrum

1. Auf Initiative des Oberbürgermeisters soll für das Grundstück des durch die „Stiftung für den Wiederaufbau der Garnisonkirche“ geplanten Kirchenschiffes im Zuge eines 4 stufigen Prozesses gemeinsam mit der Stiftung und den Nutzer:innen des Rechenzentrums (inklusive des FÜR e.V.s) Konzepte für die inhaltliche Nutzung und dem folgend für mögliche Gestaltungen entwickelt werden. Hierzu ist in Phase 2 ein „Design Thinking“ Prozess angestoßen worden, der von der Hasso Plattner Institut -School of Design Thinking betreut wurde. Näheres findet sich im RIS unter der Vorlagennummer: 20/SVV/1386. Gegenwärtig wird Phase drei des Prozesses vorbereitet, wobei hierzu von Seiten des Büros des Oberbürgermeisters eine Machbarkeitsstudie für mögliche Architekturen vor Ort auf Basis der bisherigen Prozessergebnisse in Planung ist.
2. Beteiligt sind das Büro des Oberbürgermeisters, die Stiftung Garnisonkirche und die Nutzer:innen des Rechenzentrums.
3. Für die Nutzer:innen des Rechenzentrum in ihrer Vielfältigkeit ist die Teilnahme an diesem Prozess neben der Beteiligung an dem Prozess zur Ausgestaltung des neuen Kreativquartiers in der Nachbarschaft mit vielen Herausforderungen und großem zeitlichen Aufwand verbunden. Daher haben diese die WerkStadt um eine Beratung und Begleitung der Strategiegruppe gebeten. Hierzu finden nunmehr in 14 tägigen Abständen Treffen statt. Zudem wird nach Bedarf auch zwischenzeitlich in Coachings oder Supervisionen durch die WerkStadt für Beteiligung unterstützt.
4. Die WerkStadt für Beteiligung ist in beratender und begleitender Rolle eingebunden und moderiert regelmäßig die Strategiegruppe der Initiative.
5. ■ Status: läuft

## 5. Kulturpolitische Strategie

1. Die LHP gibt sich seit vielen Jahren Kulturpolitische Leitlinien, um die Gestaltung der Förderpolitiken im Bereich Kultur konzeptionell zu verankern. Dazu gehört ein Prozess, in dem die Leitlinien regelmäßig überprüft und fortgeschrieben werden. In dem nun angestoßenen Prozess geht es um die Neuausrichtung der kulturpolitischen Strategie inklusive der Entwicklung von korrespondierenden Leitlinien.
2. Fachbereich 24, Kultur und Museum (Projektkoordination und Begleitung des Forschungsprozesses), die Fachhochschule Potsdam Kulturarbeit (wissenschaftliche Projektleitung)
3. Der Prozess befindet sich in der Beteiligungsphase. Im Rahmen von AGs und Themenworkshops wird insbesondere kulturpolitischen Akteur:innen ermöglicht, an der kulturpolitischen Strategie mitzuwirken. Im Rahmen der Beteiligungsphase fanden u.a. Fokusgruppengespräche, ein Runder Tisch, eine Online-Befragung von Jugendlichen und Befragungen von Kulturaktiven via Mail statt. Die Ergebnisse werden durch das Projektteam und die Mitwirkung der Strategieguppe im weiteren Prozess fachlich analysiert und in die Kulturpolitischen Strategien und Maßnahmen übertragen. Durch den Weggang der Beigeordneten Aabel wurde das Verfahren pausiert. Es wird nun mit Herrn Hafezi wieder aufgenommen. Ein erster Entwurf der Strategie (Teil A Grundlagen und Handlungsfelder) wurde der Strategieguppe vorgestellt. Im Jahr 2024 soll die Strategie in die SVV eingebracht werden.
4. Die WerkStadt berät den zuständigen Fachbereich 24 und den Kooperationspartner der FHP insbesondere bei der Planung und Durchführung in beteiligungsrelevanten Kontexten im Gesamtprozess (Bsp. Leistungsbeschreibung für Planung und Steuerung Gesamtprozess; Moderation etc.) Zudem nimmt die WfB an regelmäßigen Treffen der eingerichteten Strategieguppe beratend teil.
5. ■ Status: pausiert

## 6. Wohnungspolitisches Konzept

1. Das Wohnungspolitische Konzept soll fortschrieben werden. Bei der Erarbeitung der Inhalte sollen organisierte Gruppen und Einwohner:innen die Möglichkeit haben, sich zu beteiligen. Neben verschiedenen öffentlichen Veranstaltungen sollen in mehreren Dialogforen die Ergebnisse und Ideen diskutiert werden, damit sie Eingang in die Konzeptarbeit finden. Für die Durchführung dieser Aufgaben wurde ein externer Dienstleister verpflichtet.
2. Fachbereich 39 Wohnen, Arbeit und Integration, Stadtentwicklung
3. Die Abstimmung und Prozessplanung mit dem Auftragnehmer und dem beteiligten Fachbereich ist abgeschlossen und ein Dialogforum wurde durchgeführt, sowie die Ergebnisse ausgewertet. Es wird eine Abschluss-(Info)veranstaltung am 25.1.2024 von 18.30 bis 20.30 Uhr im Potsdam Museum stattfinden. Im Jahr 2024 soll das Konzept in die SVV eingebracht werden.
4. Die WerkStadt berät den zuständigen Fachbereich bei der Planung und Umsetzung der Beteiligung.
5. ■ Status: läuft

## 7. Stadtteilnetzwerk Potsdam West

1. Das Stadtteilnetzwerk Potsdam West leistet seit Jahren wertvolle Nachbarschaftsarbeit. Die Planungen zur Sanierung des „Lottenhof“ stellen das Netzwerk vor neue Herausforderungen und Aufgaben im Hinblick auf die Beteiligung der Nachbar:innen aber auch der eigenen Möglichkeiten auf die Sanierung von Seiten der LHP einzuwirken. Das Stadtteilnetzwerk erörtert die relevanten Fragen, die sich inhaltlich, organisatorisch und strukturell daraus ergeben.
2. Involviert sind die Vorstandsmitglieder, Hauptamtliche und Ehrenamtler:innen im Stadtteilnetzwerk Potsdam West e.V.
3. Mit Begleitung der WerkStadt für Beteiligung wurden 2023 mehrere Klausuren durchgeführt in der die aktuellen Herausforderungen erörtert wurden. Der Klausurprozesses wird 2024 fortgesetzt.
4. Die WerkStadt für Beteiligung begleitet und berät das Stadtteilnetzwerk in ihrem Strukturierungsprozess und moderiert die Klausuren.
5. ■ Status: läuft

## 8. Projekt Standards

1. Die WerkStadt wurde laut eines Beschlusses der SVV damit beauftragt, einen Prozess anzustoßen, in dessen Ergebnis eine Standard zur Benennung von Top-Down-Beteiligungsformaten der LHP entwickelt wird. Dies steht vor dem Hintergrund, dass sich aus der uneinheitlichen Benennung von Beteiligungsformaten bei den Teilnehmenden Erwartungsunklarheit ergeben kann.
2. Die WerkStadt organisiert den entsprechenden Arbeitsprozess und bezieht dabei Mitarbeitende der Verwaltung, Stadtverordnete und Zivilgesellschaftliche Akteur:innen ein.
3. Die WerkStadt hat auf Basis einer stichprobenartigen Recherche die aktuelle Benennungspraxis aufgearbeitet und den weiteren Arbeitsprozess theoretisch unterlegt (Funktion von Beteiligungsformaten, Stufen der Beteiligung usw.). Im nächsten Schritt werden Interviews (Verwaltung, Stadtverordnete und Zivilgesellschaft) geführt, auf deren Basis ein erste Vorschlag für eine mögliche Standardisierung erarbeitet werden soll.
4. Die WerkStadt organisiert das Projekt und leitet die entsprechende theoretische und praktische Arbeit.
5. Status: ■ läuft